



- [Teilen](#)
- [Drucken](#)
- [Als PDF speichern](#)

[Zurück zur Übersicht](#)

Pressemitteilung

Bevölkerungsschutz

30.10.2023

Notfallstations-Übung des Regierungspräsidiums Tübingen, der acht Landkreise im Regierungsbezirk Tübingen und des Stadtkreises Ulm mit rund 170 Einsatzkräften und knapp 100 Mimen.



Regierungspräsident Klaus Tappeser (Mitte), Regierungsvizepräsident Dr. Utz Remlinger (3. v. r.) und Bezirksbrandmeister Siegfried Holstein (2. v. l) bei der Notfallstations-Übung in Bruchsaal

RP Tübingen



Alle Einsatzkräfte der Vollübung "Aufbau und Betrieb einer Notfallstation" in der Landesfeuerwehrschule Bruchsal



Regierungspräsident Klaus Tappeser und Herr Prof. Dr. med. Matthias Port (Institut für Radiobiologie der Bundeswehr, München, Mitglied der Strahlenschutzkommission) bei der Rettungshundestaffel der Feuerwehr Ulm



Regierungspräsident Klaus Tappeser in einer Unterhaltung mit einer Mime (Darstellerin) bei der Kontaminationsprüfung

Regierungspräsident Tappeser: „Die Übung hat eindrucksvoll gezeigt, wie sich in einer Notfallstation das Zusammenwirken der Einsatzkräfte verschiedener Hilfsorganisationen, der Feuerwehren und des THW bewährt. Ich bin beeindruckt von der Professionalität, mit der die hauptsächlich ehrenamtlichen Einsatzkräfte gehandelt haben.“

Auf dem Gelände der Landesfeuerwehrschule in Bruchsal hat am Samstag, 28. Oktober 2023, eine Katastrophenschutz-Vollübung des Regierungspräsidiums Tübingen und der Landkreise Alb-Donau-Kreis, Biberach, Bodenseekreis, Ravensburg, Reutlingen, Sigmaringen, Tübingen und Zollernalbkreis sowie der Stadt Ulm stattgefunden. Geübt wurden dabei sowohl der Aufbau einer Notfallstation in einem anderen Regierungsbezirk als auch die Funktionsweise und die Abläufe in einer solchen Station.

Regierungspräsident Klaus Tappeser war bei der bezirksweiten Vollübung vor Ort und zeigte sich beeindruckt: „Wir dürfen den Schutz unserer Bevölkerung nicht erst „im Ernstfall“ Ernst nehmen, sondern müssen uns auch um die Vorsorge kümmern. Hierzu sind Bevölkerungsschutzübungen unerlässlich. Mein großer Dank und Respekt gilt den Einsatzkräften, die mit ihrem selbstlosen Einsatz für andere einen wichtigen Beitrag zum Wohle der Menschen und für eine funktionierende Gesellschaft leisten. Ihnen und zugleich auch den vielen Menschen im Hintergrund, die Einsätze und Übungen

grundsätzlich erst möglich machen danke ich ausdrücklich.“

Gefordert waren bei der Vollübung rund 170 Einsatzkräfte aus den Reihen des THW, der Hilfsorganisationen sowie der Feuerwehren des gesamten Regierungsbezirks Tübingen. „Beübt“ wurden die Einsatzkräfte durch knapp 100 Mimen. Die Mimen gehören ansonsten der Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), dem Deutschen Rotes Kreuz (DRK), der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH), dem Malteser Hilfsdienst e.V. (MHD), dem Technischen Hilfswerk (THW) oder einer Feuerwehr an, oder sie wurden über den Landesverband Baden-Württemberg des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr gewonnen.

Der Schwerpunkt der Übung lag auf der Zusammenarbeit von ehren- und hauptamtlichen Einsatzkräften des THW, der Hilfsorganisationen sowie der Feuerwehren im Rahmen der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr beim Aufbau und Betrieb einer Notfallstation. Der Fokus lag dabei auf der Behandlung der Mimen und ihrem reibungslosen Durchlauf durch die einzelnen Teilstationen der Notfallstation.

Um eine möglichst realitätsnahe Situation zu simulieren, hatte das Bundesamt für Strahlenschutz 100 unterschiedliche Darstellerkarten für die Mimen erstellt. Diese Darstellerkarten gaben jeweils Details und typische Symptome vor, auf die die Einsatzkräfte mit unterschiedlichen Handlungen / Maßnahmen zu reagieren hatten.

Hintergrundinformationen zur Notfallstation:

Notfallstationen dienen dazu, die betroffene Bevölkerung, aber ggf. auch Einsatzkräfte, auf eine mögliche Strahlenexposition hin zu untersuchen und etwaige weitere Maßnahmen einzuleiten. Jede Notfallstation ist für die Dekontamination von 1.000 Personen in 24h ausgelegt (Dekontamination = Entfernung einer oder mehrerer gefährlicher Substanzen von einer Oberfläche bzw. darunterliegenden Schichten). Nach der Rahmenempfehlung Notfallstation des Landes Baden-Württemberg werden Notfallstationen vorrangig bei radiologischen Lagen wie beispielsweise Unfälle bzw. Störfälle in Kernkraftwerken und Transportunfälle im Zusammenhang mit der Beförderung radiologischer Stoffe oder bei entsprechenden Unfällen in Unternehmen im radiologischen Sektor eingerichtet.

Ein solches Szenario verliert nicht an Aktualität, auch wenn die Kernkraftwerke in Deutschland seit März 2023 abgeschaltet sind. Auch künftig kann es zu Störfällen im näheren Ausland oder bei der Endlagerung atomarer Abfälle kommen. Zudem beschränken sich die Einsatzmöglichkeiten der Notfallstation nicht auf einen kerntechnischen Unfall: Zwischenzeitlich kann jede Notfallstation auch als „Chemievariante“ aufgebaut und betrieben werden.

Notfallstationen werden nach der Rahmenempfehlung Notfallstation des Landes Baden-Württemberg immer im jeweils sicheren Bereich eingerichtet. Die Rahmenempfehlung sieht dabei vor, dass die Notfallstation ggf. auch in einem anderen als dem eigenen Regierungsbezirk zu betreiben ist.

Für die Objektplanung einer Notfallstation sind ebenso wie für die Personalgestellung die unteren Katastrophenschutzbehörden zuständig. Die Landratsämter und in den Stadtkreisen die Bürgermeisterämter haben jeweils ein geeignetes Objekt zu beplanen. Somit stehen in Baden-Württemberg in jeder Lage genügend Objekte zur Verfügung.

Für die Notfallstation ist je Einsatztag ein 24h-Betrieb vorgegeben. Dafür ist ein Drei-Schicht-Modell notwendig. Pro Schicht sind für einen reibungslosen Ablauf einer Notfallstation ca. 200 Einsatzkräfte aus den Bereichen Feuerwehr, Sanitäts- und Betreuungsdienst, Psychosoziale Notfallversorgung, THW und Verwaltung erforderlich. Auch auf das Fachwissen von Strahlenschutzärzten bzw. Radiologen wird beim Betrieb einer Notfallstation zurückgegriffen. Lageabhängig werden diese durch Einsatzeinheiten des Polizeivollzugsdienstes, der Notfallrettung sowie ggf. privater Dienstleister unterstützt.

Dieser hohe Personalbedarf übersteigt bei Weitem die Kapazität eines einzelnen Landratsamts als untere Katastrophenschutzbehörde. Daher wird jede Notfallstation von einer Arbeitsgemeinschaft aus mehreren unteren Katastrophenschutzbehörden betrieben. Im Regierungsbezirk Tübingen haben die Kreise als untere Katastrophenschutzbehörden dafür zwei Arbeitsgemeinschaften gebildet:

- AG Nord: Alb-Donau-Kreis, Biberach, Reutlingen, Tübingen, Ulm und Zollernalbkreis, FF: ZAK;
- AG Süd: Bodenseekreis, Ravensburg und Sigmaringen, FF: BSK.

Hintergrundinformationen zum Katastrophenschutz:

Weitere Informationen zum Katastrophenschutz finden Sie auf der Internetpräsenz

- des Regierungspräsidiums Tübingen unter <https://rp.baden-wuerttemberg.de/themen/sicherheit/katastrophen-und-zivilschutz/> ,
- des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg unter <https://im.baden-wuerttemberg.de/de/sicherheit/katastrophenschutz/> sowie
- des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe unter www.bbk.bund.de .

Hinweis für die Redaktionen:

Für Fragen zu dieser Pressemitteilung steht Ihnen Frau Sabrina Lorenz, Pressesprecherin, Telefon: 07071/757-3078, gerne zur Verfügung.

Kategorie:

Abteilung 1

Koordinierungs- und Pressestelle

Konrad-Adenauer-Straße 20

72072 Tübingen

Assistenz: Gudrun Gauß

07071 757-3009

07071 757-3190

Sie sind Journalistin oder Journalist und haben eine Anfrage? Dann wenden Sie sich gerne an unsere Pressesprecherin/ unsere Pressesprecher.

pressestelle@rpt.bwl.de

Abteilung 1

Abteilung 2

Abteilung 3

Abteilung 4

Abteilung 5

Abteilung 7

Abteilung 10

Abteilung 11

StEWK

SGZ



Katrin
Rochner
Leiterin
der
Koordini-
erungs-
und
Pressest-
elle



Jeanine
Großkloß
Stellv.
Leiterin
der
Koordini-
erungs-
und
Pressest-
elle



Naomi
Krimmel
Ansprech-
partnerin
Soziale
Medien



Sabrina
Lorenz
Pressesp-
recherin
für die
Abteilun-
gen 1, 3,
5, 10, 11



Matthias
Aßfalg
Pressesp-
recher
für die
Abteilun-
gen 2, 4,
StEWK,
SGZ



Dr.
Stefan
Meißner

Pressesp
recher
für die
Abteilun
g 7